Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Maximilian Böttl

Abg. Andreas Jurca

Abg. Tim Pargent

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Markus Saller

Abg. Oskar Lipp

Abg. Dr. Stefan Ebner

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 26** auf:

Antrag der Abgeordneten

**Kerstin Schreyer, Maximilian Börtl, Andreas Schalk u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Geld für Start-ups - Stiftungen als Kapitalgeber für Start-ups gewinnen
(Drs. 19/5951)**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Maximilian Börtl für die CSU-Fraktion.

Maximilian Börtl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als kleiner Bub wollte ich immer Bauer werden. Dann hätte ich wahrscheinlich zum vorigen Tagesordnungspunkt sprechen dürfen. Ohne eigenen Hof daheim gab es da bei mir aber nur drei Möglichkeiten: einheiraten, kaufen oder gründen. Nichts davon hat geklappt – heute könnte ich sagen: –, weil es damals noch nicht genug Risikokapital für Gründer gab. Jetzt ist das natürlich anders, und wir haben auch die Überleitung zu Tagesordnungspunkt 26 hinbekommen.

Bayerische Start-ups konnten in den vergangenen sechs Monaten knapp 2,1 Milliarden Euro Risikokapital einsammeln, in einem halben Jahr fast genauso viel wie im gesamten letzten Jahr zusammen. Rund die Hälfte des in Deutschland investierten Risikokapitals fließt nach Bayern. Die Hightech Agenda Bayern unserer Staatsregierung hat den Boden fruchtbar gemacht. Unsere neu geschaffenen Matching Funds aus privaten und öffentlichen Mitteln wirken wie Dünger auf dem bestens bestellten Feld. Das bayerische Ökosystem aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Gründerzentren, Akzeleratoren und Geldgebern wächst an, und es entwickelt sich zu dem Innovations-Hotspot in Europa.

Ich bleibe beim Bild des Bauers: Wenn wir die Fruchtfolge beachten und uns auch nicht übereilig ans Ernten machen, dann kann noch Größeres kultiviert werden. Unse-

re Vision ist: Wer in Europa ans Gründen denkt, der muss nach Bayern kommen. – Vielleicht murren manche jetzt: Na ja, das ist aber ein bisschen kleinteilig gedacht. – Aufgepasst, bei aller weltweiten Vernetzung: Wissen wandert immer nur wenige Häuserblocks weiter, und Innovation, wie wir sie haben, braucht Wissen. Wir sind dafür das ideale Cluster, als Agglomeration von Technologie und Talent.

Der Blick ins Kleine darf aber den internationalen Vergleich nicht verwässern. Momentan fließt viel zu viel Geld aus Europa in die USA ab. Über 300 Milliarden Euro investieren europäische Familien pro Jahr dort; es fließen aber auch viel zu viele Talente ab. Bei einem Viertel aller Unicorns in den USA, also der Start-ups mit einer Milliardenbewertung, stammen die Gründer eigentlich aus Europa, sind also abgewandert. Wie bei einem Kampf der Kleinbauern gegen die US-Agrarindustrie hilft da aber nicht "höher, schneller, weiter", sondern nur "besser": Bayern gründet besser.

Wir haben als CSU-Fraktion deshalb heute den Antrag als Teil eines Pakets von fünf Anträgen eingebracht, die Gründern beim Aussäen, beim Anbauen und beim Ernten helfen. Im ersten Antrag geht es um Stiftungen als Kapitalgeber. Mein Kollege Dr. Stefan Ebner wird darauf gleich noch konkreter eingehen. Im zweiten Antrag geht es um den Staat als Kunden und als Innovationspartner. Der dritte Antrag "Vom Patent zum Produkt" setzt sich für den Wissenstransfer aus den Universitäten direkt in die Unternehmen ein. Im vierten Antrag geht es um Best Practice für eine noch engere Vernetzung dieses Kosmos rund um Gründungen, und im fünften Antrag um Testregionen, damit Gründer einfach einmal machen können.

Wir wollen aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine neue Mentalität etablieren und in der Jugend nicht nur künftige Arbeitnehmer sehen, sondern sie als neue Unternehmer befähigen, nicht nur den Dreiklang Universität – Unternehmen – Unicorn fördern, sondern die Mittelschule zur Gründerschule machen. Gründen muss weiblicher und kann ländlicher werden. Am Ende aber ist Gründen ansteckend, auch wenn nicht jeder diesen Weg gehen kann oder will, weil Gründer nicht herumjammern, sondern anpacken. Sie rufen nicht permanent nach dem Staat, nutzen ihre Freiheit

und übernehmen Verantwortung aus eigener Kraft. Deshalb kann ich sagen, Gründer und Bauern haben vieles gemeinsam: Sie prägen Bayern, die einen schon immer und die anderen immer mehr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Böttl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Jurca für die AfD-Fraktion.

Andreas Jurca (AfD): Wertes Präsidium, werte Kollegen! Dieser Antrag wurde in den Ausschüssen einstimmig beschlossen. Das heißt, hier wird es nicht viele Streitpunkte geben. Dennoch würde ich gerne ein paar Sachen anmerken.

Herr Kollege Böttl hat schon korrekt festgestellt, dass Deutschland mehr Gründer halten und anziehen könnte. Hier muss man tätig werden. Ob es nur am Kapital liegt, halte ich für fraglich. Ich denke, allgemein sind die Rahmenbedingungen hier nicht die besten, gerade beim Steuerrecht. Nichtsdestoweniger ist es eine sinnvolle Sache, starres Kapital, was die Stiftungen oder landeseigenen Einrichtungen anbetrifft, vielleicht auch für die eigene Wirtschaft zu nutzen und die Wirtschaft dadurch zu stützen. Der Staat kann am Ende des Tages auch etwas davon haben, wenn dies erfolgreich sein sollte. Das heißt, wir sind für diesen Prüfantrag und dafür, diese Regularien zu prüfen sowie gegebenenfalls zu ändern, damit dies möglich ist.

Ich gebe aber zu bedenken, dass, wenn es hart auf hart kommt – hier kommt das Stichwort Liliu ins Spiel –, die Staatsregierung die Start-ups leider hängen lässt. Wir hatten selbst einen Dringlichkeitsantrag dazu gestellt. Die Wahrheit ist, dass Berlin uns hier hat hängen lassen hat. Dennoch hätte Bayern selbst einsteigen können. Das war ein Wandelkredit. Es ging nicht um immense Summen. Wir hätten das Unternehmen stützen und noch retten können. Das wurde nicht getan.

Auch gibt es weitere Punkte, die für mich in Zukunft zu beachten sind. Das gilt beispielsweise für die Deutsche Bahn AG. An sich handelt es sich dabei um ein

Privatunternehmen, das sich aber zu 100 % in Staatsbesitz befindet. Wir sehen, wie effizient dieses arbeitet. Das Gleiche möchte ich nicht für die bayerischen Start-ups haben.

Das heißt, wir geben unsere Zustimmung unter Vorbehalt. Die Umsetzung bleibt noch zu diskutieren, aber grundsätzlich geht der Antrag in die richtige Richtung. Entsprechend werde ich auch für unsere Fraktion Zustimmung signalisieren.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Tim Pargent das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Böttl von der CSU hat gerade eine sehr weltgewandte Rede zum Thema Start-ups gehalten,

(Martin Wagle (CSU): Weil er es kann!)

der ich auch zum Großteil zustimmen kann. Das ist gut und richtig. Wenn man dann in den Antrag blickt, muss man feststellen, dass doch relativ viel Luft entweicht. Der Antrag ist doch relativ klein für das, was hier vorgetragen wurde. Ich muss sagen, es ist zumindest ein bisschen ungewöhnlich, dass das ganze Plenum nun über einen Antrag diskutiert, der lediglich besagt, dass die Staatsregierung prüfen soll, ob die staatseigenen oder öffentlichen Stiftungen hier Wagniskapital bereitstellen können. Es handelt sich also lediglich um einen Prüfauftrag, der zudem einstimmig in den Gremien beschlossen wurde.

(Martin Wagle (CSU): Der erste Schritt!)

Wenn dies dann auch noch die einzige Initiative ist, die die Regierungsfaktionen in das lange Dreitagesplenum hochziehen, muss ich sagen, das ist für das Selbstverständnis der Regierungsfaktionen vielleicht etwas wenig. Aber wenn Sie mit uns

GRÜNEN über Innovationen und Start-ups diskutieren wollen, können wir das gerne tun. Das ist immerhin sinnvoller, als über die zig Quatsch- und Showanträge der AfD zu beraten. Hier zumindest bin ich bei Ihnen; denn wie wir den Standort für Start-ups und innovative Unternehmen attraktiver machen können, ist tatsächlich eine der wichtigsten und drängendsten Fragen in unserer Volkswirtschaft in Deutschland.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Die globale Lage ist mehr als schwierig, insbesondere, weil der technologische Vorsprung, den wir in vielen Branchen hatten, größtenteils aufgebraucht ist. Teilweise wurden wir sogar überholt. Wer dies noch nicht sieht, dem empfehle ich, sich einmal 15 Minuten auf einer Straße in einer chinesischen Metropole fortzubewegen und nach links und rechts aus dem Fenster zu schauen. Das kann man tun, weil man sich dort auch autonom fortbewegen kann. Damit geht es schon los. Die Hälfte der Neuzulassungen ist batterieelektrisch, mit überwiegend oder fast ausschließlich chinesischen Modellen. Die Busflotten sind völlig elektrifiziert. Dies sage ich, um nur um einmal einen Teilbereich, nämlich die vormalige Leitindustrie in Deutschland, zu beleuchten.

Gerade deshalb müssen wir uns auf das besinnen, was wir gut können. Die Entwicklung neuer, exzellenter Technologien führt langfristig zu Wohlstand. Nur so kommen wir langfristig aus der Krise. Neuen Gründungen und Start-ups kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unter der Ampel wurde mit der Start-up-Strategie sehr viel umgesetzt, was jungen Unternehmen hilft. Es gab viel Lob aus den entsprechenden Fachverbänden. Ob das in dieser Legislaturperiode im Bund auch so gut klappt, wird sich zeigen. Momentan bin ich skeptisch. Wenn ich mir ansehe, welches Chaos insbesondere die CSU bislang in Berlin bei diesem Bereich angerichtet hat, habe ich Zweifel. Vor allem der fragwürdige Ministeriumszuschnitt gerade im für Innovation so wichtigen Bereich der Wissenschaft ist definitiv kritikwürdig.

Die Expertenkommission Forschung und Innovation hat klar davor gewarnt, das Thema Forschung von der Bildung loszulösen. Dies ist kein sinnvoller Zuschnitt, und ich fürchte, wir werden alle die Konsequenzen spüren. Das ist langfristig ein Schaden

für den Innovationsstandort Deutschland. Aber vielleicht täusche ich mich ja, und Sie überraschen uns positiv, anders als in den ersten Monaten der Regierungskoalition. Man kann nur hoffen. Ich sage aber klar: Übernehmen Sie Verantwortung für unser Land, statt weiter für Chaos im politischen Berlin zu sorgen, zumindest in diesem Bereich. Legen Sie lieber einen Haushalt vor, der auf Zukunftsinnovationen statt auf CSU-Klientelversprechen setzt.

Es gäbe viel zu tun, insbesondere bei dem Thema Start-ups und Wagniskapital, das Sie hier ansprechen. In Bayern und Deutschland fehlt es weniger an klugen Köpfen, aber der Schritt in die Serienfertigung, Weiterentwicklung und Einwerbung von Wagniskapital ist schwierig. Was können wir dagegen tun? – Die Idee, hierfür Stiftungsvermögen zu verwenden, ist gut. Darum werden wir dem Antrag weiterhin zustimmen. Die Wirkung wird jedoch überschaubar sein; denn das Stiftungsvermögen, über das wir hier sprechen, ist sehr überschaubar und kann auch nicht unbegrenzt in diesen Bereich fließen. Viel sinnvoller wäre es, wenn der Wirtschaftsminister und die Staatsregierung auf die großen Pensionsfonds und Versicherungen sowie auf die Family Offices zugehen und sie fragen würden, unter welchen Bedingungen sie sich vorstellen könnten, mehr Wagniskapital zu geben. Das könnten wir tun. Dies wäre ein viel größerer Hebel.

Wir werden dem Antrag zustimmen. Große Wirkung erhoffen wir uns davon aber leider nicht, und wenn, dann nur symbolische. Es gäbe viel größere Hebel. Betätigen Sie bitte diese.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pargent. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Volkmar Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! So ganz erschließt sich mir nicht, warum gerade dieser Antrag, der ausführlich beraten

und einstimmig beschlossen wurde, jetzt noch einmal im Plenum diskutiert werden soll.

(Michael Hofmann (CSU): Weil das Thema wichtig ist, Herr Kollege!)

Ich weise nur darauf hin, welche Hinweise wir immer aus der CSU-Fraktion erhalten, wenn einstimmig beschlossene Anträge hochgezogen werden. Jetzt begründen sogar zwei Redner der CSU einen einstimmig beschlossenen Antrag hier im Plenum noch einmal. Das kann man tun.

(Michael Hofmann (CSU): Sie müssen ja nicht dazu reden!)

Ich habe als altgedienter Parlamentarier gewisses Verständnis und gewisse Nachsicht dafür, dass man die eigene Initiative, die auch Zustimmung findet, faszinierend findet und diese auch noch einmal hier im Plenum vorträgt.

(Michael Hofmann (CSU): Wir sind halt gut!)

Es bleibt festzuhalten, wir haben einstimmig votiert. Dies ist ein Prüfauftrag. Das ist auch schon deutlich geworden. Die Staatsregierung soll prüfen, welche landeseigenen Einrichtungen – – Das könnte mittlerweile schon passiert sein. Eigentlich müsste das Ergebnis längst vorliegen, wenn die Start-up-Fragen für die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen so wichtig sind. Aber anscheinend ist das nicht so. Wir müssen diesen Prüfauftrag erst einmal beschließen, damit wir Informationen bekommen. Es geht um den rechtlichen Rahmen. Somit ist die Staatsregierung erst einmal am Zug. Das wäre sie bisher aber schon gewesen. Dass das Thema wichtig ist, hat sich schon in der Ausschussberatung erschlossen. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene heißt es:

"Rahmenbedingungen für Start-ups werden wir weiter verbessern. Dafür werden wir insbesondere die Verfügbarkeit von Wagniskapital durch bessere Beteiligungsmöglichkeiten institutioneller Investoren erhöhen."

Ein wichtiger Punkt. Es ist nämlich unbestritten und tatsächlich festzustellen, dass in Deutschland die Start-up-Finanzierung deutlich verbessert werden sollte, insbesondere die Lücke bei Later Stage Investments, also Wachstumskapital für bereits etablierte Start-ups. Unsere Gründerinnen und Gründer sind oft gezwungen, ausländische Investoren in Anspruch zu nehmen, was nicht selten zur Abwanderung erfolgreicher Unternehmen führt.

Es bleiben allerdings auch bei diesem Antrag viele Fragen offen: Wie hoch soll tatsächlich der Anteil sein, der für riskante Venture Capital Investments verwendet werden soll? Sie führen in der Begründung zwar eine Beispielrechnung an. Aber was ist die Zielsetzung? – Stiftungskapital, das eigentlich für kulturelle und soziale Zwecke bestimmt ist, für Hochrisikoinvestments zu verwenden, ist ein problematischer Vorgang. Hier besteht die Gefahr, dass bewährte Förderungen gekürzt werden müssen, wenn die Investments nicht den erhofften Erfolg bringen.

Was wir jetzt von der Staatsregierung erwarten, könnte schon längst dem Landtag vorliegen: Wir wollen von der Staatsregierung zeitnah staatstragende und konkrete Antworten, eine detaillierte Aufstellung aller infrage kommenden landeseigenen Einrichtungen, eine rechtliche Bewertung der notwendigen Gesetzesänderungen, eine Risikoanalyse und Vorschläge zur Risikominimierung durch professionelle Portfolio-streuung und eine Abschätzung der Auswirkungen auf die bisherigen Förderzwecke der Stiftungen.

Unser Fazit lautet: Die Mobilisierung für zusätzliches Kapital für Start-ups ist eine Option, die ernsthaft geprüft werden sollte. Aber es muss uns klar sein: Es darf nicht auf Kosten bewährter Förderstrukturen gehen. Wenn Stiftungen als Kapitalgeber gewonnen werden sollen, dann nur mit strikten Risikokontrollen, professionellem Management und unter Wahrung ihrer ursprünglich gemeinnützigen Zwecke.

Die SPD-Fraktion stimmt diesem Prüfauftrag zu. Wir erwarten die Antworten der Staatsregierung und werden sie uns sehr genau anschauen. Wir erwarten uns, dass

dann konkrete Verbesserungen in diesem Bereich greifen. In diesem Sinne bedanken wir uns für den Antrag und stimmen ihm, wie im Ausschuss bereits überzeugend dargelegt, auch heute zu.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Halbleib. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Markus Saller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es wurde bereits mehrfach ausgeführt, dass es sich bei vorliegendem Antrag um einen Prüfantrag handelt. Mehrfach wurde gefragt, warum man diesen noch mal im Plenum behandelt. Bemerkenswerterweise haben ganz viele Leute doch relativ viel dazu beizutragen.

Meine Damen und Herren, wir sind uns am Ende darin einig, dass die Finanzierung von Start-ups, jungen, wachstumsorientierten Unternehmen, in erster Linie eine Aufgabe der privaten Wirtschaft und nicht des Staates ist. Was wir als öffentliche Hand aber tun können: den Boden für entsprechende Anreize zu bereiten, nachdem es in Deutschland die Kultur, Start-ups zu unterstützen, nicht in der gleichen Weise gibt, wie das in anderen Ländern der Fall ist. Darauf zielt letztendlich auch dieser Prüfantrag ab: Die Staatsregierung soll in diesem Bereich eine nähere Untersuchung vornehmen.

Die Versicherungen, die Versorgungswerke und die Pensionskassen wurden schon angesprochen. Diese sind überwiegend reguliert und haben nicht die Möglichkeiten, diese Finanzierungen vorzunehmen. Es müssen also insgesamt rechtliche Hemmnisse abgebaut werden, um so etwas zu ermöglichen. Dafür bedarf es auch einer behutsamen Öffnung mit klar definierten Quoten. Das, was wir mit diesem Antrag auf den Weg bringen wollen, ist einfach nur ein Anstoß. Ich verstehe auch das Plenum heute so, dass dieser Anstoß vom Parlament fraktionsübergreifend getragen wird.

Wir brauchen ein bisschen mehr Sichtbarkeit und ein bisschen mehr Erfolgsgeschichten von Start-ups. Dann besteht auch die Motivation, dass Beteiligungen im Inland Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland erhalten. In diesem Sinne muss der Antrag gesehen werden. Mehr möchte ich dazu auch nicht sagen. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Saller. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Oskar Lipp von der AfD-Fraktion vor.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Kollege Herr Saller, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich glaube, mit Kapital allein ist den Start-ups leider nicht geholfen. Wir brauchen auch einen vollständigen Sinneswandel. Daher meine Frage an Sie als Abgeordneter der FREIEN WÄHLER, die Teil der Staatsregierung sind: Wie wollen Sie diesen Sinneswandel anstoßen, den wir wirklich brauchen?

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Lipp, wir brauchen, was die Start-up-Kultur angeht, keinen Sinneswandel. Herr Kollege Böttl hat vorher ausreichend und in größter Tiefe dargestellt, in welcher Art und Weise wir in Bayern Start-ups fördern. München ist mittlerweile Start-up-Platz Nummer eins in Deutschland. Die Kultur ist also vorhanden.

Wir brauchen den zweiten Schritt, und dieser bedeutet, dass wir auch die notwendige finanzielle Unterstützung bekommen, wenn es um die Marktreife und Skalierung entsprechender Projekte geht. Dafür braucht es noch einen Anstoß.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Gute Antwort!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Saller. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Stefan Ebner für die CSU-Fraktion.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Es ist kaum zu glauben, dass diese sommerliche Harmonie tatsächlich bei diesem Antrag zum Ausdruck kommt. Alle Fraktionen unterstützen diesen Antrag. Das ist schön.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das wäre vorher auch zu haben gewesen!)

Aber liebe Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN, kein Antrag ist zu klein für dieses große Thema, weil davon ganz wesentlich die Zukunft der Wirtschaft in diesem Land abhängen wird. Deswegen ist es gut, dass wir über dieses Thema reden. Offensichtlich besteht auch großer Mitteilungsbedarf, wie man an den Beiträgen gesehen hat.

Dieser Antrag, und das ist das Entscheidende, hat eine große Tragweite für die deutschen Start-ups, weil wir in Bayern durch diesen Antrag eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir machen etwas, worauf die ganze Start-up-Szene in Deutschland und sogar in Europa hofft; denn das Problem, die zentrale Herausforderung, für die Start-ups in Deutschland und Europa ist, dass es an Wachstumskapital in unserem Land fehlt. Es ist nicht ausreichend Kapital da. Wenn Start-ups größere Summen brauchen, um ab einer bestimmten Größe den internationalen Markt zu erschließen, brauchen sie hohe Summen: 50, 80, 100 Millionen Euro oder darüber hinaus. Wenn sie dieses Geld brauchen, finden sie die Kapitalgeber nicht in Deutschland und nicht in Europa. Sie müssen in die USA, nach Asien oder woandershin gehen mit der Folge, dass diese Start-ups oftmals auch einen Teil ihrer Belegschaft oder ihres Tuns ins Ausland verlagern. Das ist das Problem und die Herausforderung.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das haben wir schon gehört!)

Das Gute ist, dass wir in Deutschland und in Europa genügend Kapital haben. Es muss nur mobilisiert werden. Die Lösung ist: Wir brauchen mehr Wachstumskapital.

Die Lücke vor allem zu den USA ist enorm. Nur ein Beispiel: Die USA wenden viermal so viel Geld für Start-ups auf wie Europa oder Deutschland. Gemessen an der Wirtschaftsleistung sind es dreimal so viele, in Großbritannien doppelt so viele Mittel. Umgerechnet bräuchten wir pro Jahr in Deutschland zusätzlich 30 Milliarden Euro, um die Lücke zu anderen Staaten wie den USA aufzuholen.

Die Antwort ist klar: Mobilisierung privaten Kapitals. Die gute Nachricht ist, wir haben dieses Kapital, es muss mobilisiert werden. Nur ein paar Rechenbeispiele, um es klarer zu machen: Deutsche Versicherungen verwalten insgesamt zwei Billionen Euro. Sie investieren davon aber nur 0,3 % in Start-ups. Jetzt stellen wir uns einmal vor, sie würden nur 2 % davon in Start-ups investieren. Das wären 40 Milliarden Euro. Damit wäre die Lücke zu den USA schon geschlossen. Bei Banken und Pensionsfonds ist es ähnlich. Sie investieren kaum in Venture Capital und in Start-ups. Bei Stiftungen ist es auch so. Es ist eine Menge an Stiftungsvermögen da, aber kaum etwas davon fließt in Start-ups.

Wenn es gelingen würde, nur 1, 2, 3 % dieses Vermögens, das ich gerade aufgelistet habe, für Start-ups zu mobilisieren, hätten wir so viel Geld für unsere Start-ups, dass wir die Lücke zu den USA geschlossen hätten. Die Folge wäre eine ganz einfache: Deutsche und europäische Start-ups müssten sich keine Investoren mehr in den USA oder in Asien suchen. Deutsche und europäische Start-ups könnten deutsch oder europäisch bleiben. Ist das eine völlig neue Idee? – Nein, ist es nicht, weil das in anderen Ländern gang und gäbe ist. Amerikanische Rentenkassen investieren in Start-ups, schwedische Rentenkassen investieren bis zu über 10 % in Start-ups und können sogar regulatorisch bis zu 40 % in Start-ups investieren. In Großbritannien und in den Niederlanden ist es ähnlich. Es ist also gang und gäbe.

Die Frage ist jetzt, was wir in Bayern eigentlich tun können; denn viele dieser Themen sind natürlich bundes- und europarechtlich zu regeln. Bayern kann Vorreiter und Vorbild sein. Das ist das Entscheidende. Bayern kann über landeseigene Stiftungen Venture Capital investieren. Deutsche und bayerische Stiftungen verfügen über sehr

große Vermögen. Auch hier gilt: Wenn es gelingt, 1 bis 3 % zu investieren, wäre das ein großer Schritt. Wichtig ist dabei – das ist angesprochen worden –, dass es hier nicht darum geht, in einzelne Start-ups zu investieren, sondern in Fonds. Damit ist die Streuung gesichert, damit ist die Risikoverteilung gesichert, und damit ist auch der Zweck des Kapitalerhalts der Stiftung gegeben.

Entscheidend sind jetzt nicht die Summen, um die es geht – die werden überschaubar sein –, sondern entscheidend ist die Signalwirkung: Bayern ist Vorreiter, Bayern kümmert sich um die Start-ups. Dann werden hoffentlich viele folgen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Ebner. – Es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Die erste kommt von Herrn Kollegen Volkmar Halbleib, SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Dr. Ebner, ich begrüße es, dass Sie uns den Antrag im Wesentlichen so, wie er da steht, noch einmal mit Emphase vorstellen, neben den intensiven Beratungen, die wir im Ausschuss dazu hatten. Aber ich hätte eine Frage, die sich mir bei Ihrer Verve dann schon aufdrängt. Warum hat die Staatsregierung, die von CSU und FREIEN WÄHLERN getragen wird, bisher eigentlich nicht schon längst gehandelt? Warum hat sie die Fragen, die Sie jetzt stellen, die Prüfaufträge, die Sie jetzt erteilen wollen, nicht schon längst beantwortet und erteilt? Warum ist sie nicht schon längst initiativ geworden? – Das ist doch die eigentliche Frage, die sich hier stellt. Wenn alles so plausibel ist, wie Sie es heute vorstellen – und daran habe ich keinen Zweifel zu streuen –, ist doch ein Versäumnis festzustellen, nämlich dass das bisher noch nicht auf den Weg gebracht wurde. Das ist, was man, wenn im Plenum darüber überhaupt noch einmal debattiert werden soll, an dieser Stelle feststellen muss.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Stefan Ebner (CSU): Lieber Herr Kollege, Sie wollen jetzt irgendwie durch Ihre Frage suggerieren, was die Staatsregierung alles nicht gemacht hätte. Was sie gemacht hat, sieht man an dem Ergebnis der letzten Woche. Bayern ist Start-up-Land Nummer eins. Das fällt nicht vom Himmel, sondern ist das Ergebnis guter Politik für die Start-ups in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Tim Pargent, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, ich bin ähnlich verwirrt wie der Kollege Halbleib. Sie haben jetzt hier vorgestellt, Bayern würde mit dieser Initiative zum Vorreiter werden. Inhaltlich steht aber eine Prüfung an, ein Prüfauftrag an die Staatsregierung. Haben Sie, wenn Sie hier so auftreten und sagen, dass Bayern damit jetzt zum Vorreiter werden wird, schon tiefergehende Prüfungsergebnisse, die wir in der Opposition noch nicht kennen? Oder wie kommen Sie darauf, dass sich alles zum Positiven entwickelt, alles klappen wird und man das dann machen kann? Haben Sie die Prüfung bereits erledigt?

Dr. Stefan Ebner (CSU): Das Wesentliche ist, glaube ich, in meiner Rede deutlich geworden. Es geht darum, dass die Politik ein Signal sendet, dass wir privates Kapital mobilisieren wollen und müssen. Das ist die Lösung für viele Probleme der Start-up-Szene. Mit diesem Antrag und diesem Vorhaben senden wir ein klares Signal, dass wir das von staatlicher Seite unterstützen wollen mit dem Ziel, dass dann auch viele Private folgen. Das ist das Ziel. Das ist einzigartig in Deutschland, dass wir hier diesen Schritt gehen; das macht kein anderes Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Ebner. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir

kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt Zustimmung.

Wer dem Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dem Antrag einstimmig zugestimmt worden.

Ich gebe bekannt, dass die AfD-Fraktion zum letzten Tagesordnungspunkt, TOP 28, namentliche Abstimmung beantragt hat. Da geht es um die Petition.